Nushası 5 Kuruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	dahil için		hariç için	
Aylık	Türk lirası	1.50	RM.	5.—
Üç aylık	„ „	4.25	„	13.—
Altı aylık	„ „	8.—	„	25.—
Bir senelik	„ „	15.—	„	50.—

yahud mukabili.
Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane:
Galib Dede Caddesi 59
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.606.
Posta Kutusu: İstanbul 1249.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kurus

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
Für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert
Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Galib Dede Caddesi 59
Drahtanschrift: Türkpost.
Fernsprecher: 44.606.
Postfach: Istanbul 1249.

11. Jahrgang Nr. 20 — Tageszeitung — Istanbul, Freitag, 24. Januar 1936

Sarraut hat sein Kabinett gebildet - Titulescu Berichterstatter im Streit Sowjetunion-Uruguay - Der Standpunkt Danzigs

Amerikas Kriegsflotte und die Londoner Konferenz

Der erste Akt des Schauspiels der Londoner Flottenkonferenz hat mit dem Ausstieg Japans aus der Reihe der Mitspielenden geendet. Das kommende Spiel wird stark beeinflußt werden von dem Ergebnis dieses ersten Aktes, das in einer offenbar weitgehenden Verständigung zwischen England und Amerika ihren sichtbaren Ausdruck findet.

Während der Verhandlungen erschien am Dezember 1935 der Jahresbericht des amerikanischen Marineministers Swanson über das Ausbildungsjahr vom 1. Juli 1934 bis 30. Juni 1935. Dieser nach vieler Richtung hin sehr aufschlußreiche Bericht ist in der amerikanischen Presse eingehend wiedergegeben worden. Auch in diesem Bericht wird mit dem Begriff der „Vertragsflotte" gearbeitet, d. h. mit dem Bestand an Seestreitkräften, wie er nach völliger Ausschöpfung der bestehenden Verträge von Washington und London vorhanden sein könnte. Tonnagemäßig bedeutet das für die amerikanische Marine an Schlachtschiffen 525.000 to, an Flugzeugträgern 135.000, an schweren Kreuzern 146.800, an leichten Kreuzern 192.200, an Zerstörern 150.000, an U-Booten 52.700, insgesamt 1,2 Millionen Tonnen, denen Japan nach den zur Zeit bestehenden Bindungen nur 763.000 to entgegenzusetzen hätte.

Der Bericht betont, daß nach Fertigstellung der in Auftrag gegebenen amerikanischen Neubauten nur noch 35 Zerstörer und 14 U-Boote an einer nicht „überalterten" Vertragsflotte fehlen würden. Dazu ist zu bemerken, daß im Jahre 1936 Amerika 3 Flugzeugträger, 12 Kreuzer, 53 Zerstörer und 16 U-Boote im Bau hat, im Ganzen also 84 Schiffseinheiten. Nach Fertigstellung dieses gewaltigen Zuwachses an modernen Schiffen wird es Japan tatsächlich überlegen sein, während das bisher zum großen Teil nur auf dem Papier stand. Am besten wird das durch die Tatsache gezeigt, daß Amerika bisher nur 8 „neuere" Zerstörer gegenüber 57 japanischen aufzuweisen hatte. Der Bestand an „überalterten" Zerstörern ist allerdings in Amerika ein ganz gewaltiger: 215 gegenüber 39 japanischen. In dem Bericht des Marineministers findet sich der bezeichnende Satz: „Zum Zeitpunkt des Ablaufs der Verträge würde eine Anzahl von Linienschiffen die Altersgrenze überschritten haben und die Frage ihres Ersatzes könne ins Auge gefaßt werden, falls nicht die neuen Verträge eine andere Lage schafften." Mit Bezug auf die Größe und das Geschützkaliber scheint man also in den leitenden Marinekreisen Amerikas nicht ganz davon überzeugt gewesen zu sein, daß es bei den alten Höchstabmessungen (35.000 to und 40,6 Kaliber) bleiben würde. Diese, für die ganze Kriegsschiffsbautechnik und für die finanzielle Belastung durch die Marine überaus wichtige Frage ist allerdings durch das Vorgehen Italiens und Frankreichs zum großen Teil schon vorweggenommen worden.

Italien hat, warum, ist schwer zu ergründen, im Jahre 1934 mit dem Bau der beiden 35.000 Tonner „Littoria" und „Vittorio Veneto" den Neubaureigen für die Riesenschiffe eröffnet. Frankreich ist ihm im vergangenen Jahre gefolgt. Deutschland hat sich, wie bekannt, mit einer Tonnage von 26.000 to für seine neuen Schiffe begnügt und damit dem Londoner runden Tisch ein nachahmenswertes Beispiel gegeben.

Die Ausgaben für die amerikanische Marine werden für das Haushaltsjahr 1935 mit 437 Millionen Dollar, für 1936 mit 642 Millionen Dollar angegeben. Naturgemäß ist der Hauptteil des Berichtes mit Angaben und Ueberlegungen über die Verwendung der Seestreitkräfte und den Stand der Ausbildung der Besatzungen angefüllt. Von den Leitsätzen, die, ganz allgemein, die Tätigkeit und Verwendung der Marine umschrieben, verdienen drei besonders hervorgehoben zu werden.

1. Die Marine muß für den Einsatz in beiden Ozeanen (Atlantik und Pazifik) so ausgebildet und organisiert sein, daß ihre Vergrößerung nur im Ernstfall notwendig ist.

2. Es müssen freundschaftliche internationale Beziehungen gepflogen werden.

3. Die Zivilindustrie und andere Stellen, die im Kriegsfall von Nutzen sein können, sind zu fördern und anzuregen.

Im Ganzen haben die Amerikaner im Berichtsjahr 462 Kriegsschiffe und Fahrzeuge im Dienst gehabt. Mit Rücksicht auf den mutmaßlichen Gegner fordert Swanson als ein dringendes Gebot der Stunde die Schaffung eines angemessenen Trosses. Die großen amerikanischen Flottenmanöver im Dreieck San Franzisko — Aleuten — Hawaii haben offenbar den Mangel an geeigneten, vor allem schnellen Oeltankern sehr stark in Erscheinung treten lassen. Die Amerikaner können sich allerdings damit trösten, daß es bei den Japanern in dieser Beziehung noch schlechter bestellt ist.

Wenn bei den bisherigen Flottenkonferenzen stets über die Stärke der einzelnen Schiffsgattungen verhandelt worden ist, so sind die sogenannten Hilfsschiffe nicht weiter berücksichtigt worden. Eigentlich zu Unrecht. Denn in Zukunftskriegen werden diese Schiffe eine außerordentlich große Rolle spielen. Es genügt in diesem Zusammenhange darauf hinzuweisen, daß der Fahrbereich jedes Kriegsschiffes, vom Linienschiff bis zum Torpedoboot, einer derjenigen Faktoren ist, der sehr hohe Forderungen an das im ganzen für das Schiff zur Verfügung stehende Gewicht stellt.

Für das Marineflugwesen finden sich folgende Angaben: am 1. Juli 1935 befanden sich 947 Flugzeuge in Dienst, weitere 472 waren in Auftrag gegeben. Bei den großen vorhererwähnten Manövern sind die Flugwaffe und die Uboote in weitgehendem Maße herangezogen worden. Dabei sind, wie der Bericht unterstreicht, auch wertvolle Erfahrungen mit Bezug auf die Grenzen der Verwendungsmöglichkeit dieser Spezialwaffen gesammelt worden.

Ein Schmerzenskind der amerikanischen Marine ist die Knappheit an Personal. Dieser Mangel ist offenbar auch jetzt noch nicht behoben. Die großen Schiffe konnten im Durchschnitt nur mit 81% ihres planmäßigen Personals besetzt werden, während festgestellt wird, daß eine Besatzungsstärke unter 85% eine Gefahr für die Landesverteidigung bedeutet. Die Durchschnittsstärke der Mannschaft betrug im Jahre 1935 81.500, für 1936 sind 88.000 bewilligt und für 1937 100.000 beantragt. Auch an Seeoffizieren ist ein erheblicher Mangel. Die „Vertragsmarine" braucht 7.941, während für 1936 nur 6.531 bewilligt sind. Ganz schwierig liegen die Verhältnisse bei der Marineluftwaffe. Man findet hier die auffallende Feststellung, daß von 477 Fähnrichen nur 18,6% als Flieger verwendungsfähig waren.

Die türkische Trauerabordnung nach London abgereist

Die türkische Abordnung, die sich zur Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für König Georg V. nach England begibt, ist gestern abend mit dem Simplon-Orient-Expreß nach London abgereist.

Die Abordnung setzt sich, wie bereits gemeldet, aus folgenden Herren zusammen: Fethi Okyar, türkischer Botschafter in London, Nuri Conker, Abgeordneter von Kütahya und Vizepräsident des Kamutay, Fahreddin Altay, Divisionsgeneral und Armeeinspektor, Salih, kommandierender General des dritten Armeekorps, Oberst Celâl, Unterstaatssekretär für das Flugwesen, und Celâl Uner, erster Flügeladjutant des Staatspräsidenten.

Die Mitglieder der Abordnung wurden am Bahnhof Sirkeci vom Oberpräsidenten und Oberbürgermeister Muhiddin Üstüdağ, vom Leiter des dritten Generalinspektorats, Tahsin Özer, ferner von einer Reihe von Generälen und Abgeordneten, vom Leiter des Sicherheitswesens und einigen anderen Persönlichkeiten begrüßt. Auch der britische Konsul hatte sich auf dem Bahnhof eingefunden, um von der in seine Heimat reisenden Abordnung Abschied zu nehmen.

Der Verschwörer-Prozeß

Ankara, 23. Januar

Vor der Strafkammer wurde heute der Prozeß gegen die Angeklagten in der Anschlagsaffäre gegen die Person des Staatspräsidenten fortgesetzt.

Bei der gestrigen Verhandlung verlas Oberstaatsanwalt Baha Arikan einen ihm vom Oberpräsidenten von Ankara in der letzten Woche zugesandten Brief, in dem von einem Empfang des Angeklagten Ali Saib Ursavaş durch den Präsidenten der Republik die Rede war. Arikan stellte dem Gericht den Antrag, aufgrund dieses Schreibens der Oberpräsidenten von Ankara neue Untersuchungen in dieser Richtung anzustellen.

Der Vertreter des Angeklagten Ursavaş, Rechtsanwalt Hâmit Sevket, sprach sich gegen eine Ausdehnung der Untersuchungen aufgrund eines solchen Schreibens, in dem keinerlei Beweismaterialien angeführt und auch keine Verdachtsmomente ausgesprochen werden, aus. Der Angeklagte erzählte seinerseits den Hergang der Unterhaltung bei seinem Empfang durch Atatürk und sagte, daß Atatürk ihm dabei trotz der im Umlauf befindlichen Gerüchte über das Komplott sein volles Vertrauen geschenkt und ihn gegen solche Beschuldigungen in Schutz genommen habe.

Das Gericht zog sich hierauf zurück, um nach halbstündiger Beratung den von der Staatsanwaltschaft gestellten Antrag über die Ausdehnung der Untersuchungen abzulehnen.

Der Vertreter der Anklage verlangte hierauf die Vertagung der Verhandlungen, damit er nötige Zeit habe, die Prozeßakten zu prüfen. Auch gegen diesen Antrag erhob der Rechtsvertreter des Angeklagten Ursavaş Einspruch und bat das Gericht, im Falle einer Vertagung, die Zwischenzeit bis zur nächsten Verhandlung möglichst kurz zu bemessen.

Das Gericht setzte hierauf die nächste Sitzung auf Freitag, den 31. Januar fest.

Sarraut soll die Krise lösen

Paris, 23. Januar (A.A.)

Nach seiner Rücktrittserklärung und nach seiner Ablehnung des Angebotes zur Neubildung der Regierung erklärte Laval:

„Ich habe das Bewußtsein, die Sendung erfüllt zu haben, die man mir im vergangenen Juni anvertraut hat."

Im Hinblick auf die Ergebnisse der Außenpolitik sagte Laval:

„Der Friede ist aufrechterhalten, unsere Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund sind eingehalten, unsere Freundschaften und Bündnisse sind unberührt. Die Unabhängigkeit der französischen Außenpolitik ist gesichert und gefestigt."

Er schloß mit den Worten:

„Eine Partei hat damit begonnen, die nationale Einheit zu zerbrechen, die eine wesentliche Voraussetzung meines Handelns ist. Ich gebe nunmehr die Macht ab, nachdem die nationale Einheit nicht mehr vorhanden ist".

Dann richtete Laval noch einen Appell an alle zur Kaltblütigkeit und Einigkeit.

•

Paris, 24. Januar.

Senator Sarraut, der vom französischen Staatspräsidenten mit der Neubildung der Regierung beauftragt wurde, hat Lebrun wissen lassen, daß er nach Fühlungnahme mit den in Frage kommenden politischen Persönlichkeiten seine Entscheidung bekanntgeben werde.

Sarraut war im Jahre 1933 einige Monate hindurch Ministerpräsident gewesen und hat in der übrigen Zeit zahlreichen Kabinetten als Minister angehört.

•

Paris, 23. Januar (A.A.)

Die französischen Blätter drücken sich über die Lösung der Ministerkrise sehr unsicher aus. Mehrere Zeitungen sind der Ansicht, daß eine Klärung der Lage erst durch allgemeine Wahlen erreicht werden könnte, die so rasch als möglich durchgeführt werden sollen. Aus diesem Grunde neigt man mehr einem „Liquidations-Ministerium" zu.

„Petit Parisien" spricht davon, daß in den politischen Kreisen am Mittwoch die Möglichkeit einer radikalen Kombination erwogen wurde, und erklärt, daß im Falle allzu großer Schwierigkeiten Lebrun eine Persönlichkeit der Linken, die aber nicht der radikalen Partei angehört, mit der Kabinettsbildung beauftragen könnte. Diese Regierung würde dann nach einem gemeinsamen Abkommen zwischen den Parteien und Gruppen innerhalb von Kammer und Senat bis zu den Wahlen am Ruder bleiben.

„Echo de Paris" schreibt:

„Alles in allem — das nationale Interesse verlangt als einzigen Nachfolger Lavals wiederum eben diesen Laval".

„Petit Journal" meint:

„Wir sind jetzt an den entscheidenden Punkt gekommen, daß man nunmehr von den nächsten Wahlen einen Aufschwung der französischen Politik erwarten kann. Bis dorthin rät die Vernunft zu gemäßigten Lösungen und zu Mitteln, die dem vorübergehenden Charakter entsprechen, wie er zwangsläufig der neuen Regierung aufgeprägt wird."

„Oeuvre" schreibt:

„Wenn man jetzt nur die Logik sprechen lassen würde, dann würde man eine Regierung der „Volksfront" bilden. Wenn dies nicht möglich ist, was wollen wir dann? Wir wollen eine Regierung, die die eingegangenen Verpflichtungen gegenüber den anderen Regierungen einschließlich der Sowjetunion achtet, und die nicht Frankreich in mehr oder weniger zufällige diplomatische Unternehmungen hineinmanövriert, bevor Frankreich selbst nicht seine eigene Anschauung darüber zum Ausdruck gebracht hat".

Im „Populaire" freut sich Blum über den Abgang Lavals. Er erneuert das Versprechen der sozialistischen Hilfe für jede durchwegs radikale oder Konzentrations-Regierung, in deren Händen sich, wie das Blatt schreibt, die republikanische Freiheit und der Friede sicher fühlen würden.

•

London, 23. Jan. (A.A.)

Die französische Ministerkrise hat ein neues Nachgeben des französischen Franken auf dem englischen Markt zur Folge gehabt. Man hat sofort auf den englischen Ausgleichsfonds zurückgegriffen, um den Franken zu stützen und einen Sturz dieser Währung zu verhüten.

„News Chronicle" berichtet, daß gestern mit Hilfe dieses Fonds 300 bis 400 Millionen Franken gekauft worden sind.

Die Genfer Ratstagung

Die Danziger Frage steht jetzt im Vordergrund

Genf, 24. Januar.

Die Beschwerde der Sowjetunion gegen Uruguay wegen des Abbruches der diplomatischen Beziehungen, die gestern in öffentlicher Sitzung des Rates weiter behandelt wurde, fand nach den Darlegungen der Vertreter beider Länder, denen sich auch der italienische Vertreter Baron Aloisi mit Angriffen gegen die Sowjetunion anschloß, einen vorläufigen Abschluß durch einen Vorschlag des Ratspräsidenten, der auch angenommen wurde, und darauf hinauslief, daß der rumänische Außenminister Titulescu mit der Ausarbeitung eines Berichtes beauftragt wurde, der dem Rat noch in der gegenwärtigen Tagungsperiode, oder falls die rechtzeitige Fertigstellung nicht möglich sein sollte, in der nächsten vorgelegt werden soll.

Der dänische Außenminister Munch und der spanische Vertreter Madariaga werden Titulescu bei seiner Arbeit behilflich sein.

Die Aussprache über diesen Fall wurde sodann bis zum Vorliegen des Berichtes vertagt.

Der Rat wandte sich dann dem äthiopischen Streit zu, und nahm den Bericht des Dreizehner-Ausschusses entgegen, der einstimmig angenommen wurde.

•

Genf, 23. Januar (A.A.)

Baron Aloisi hat sich in Genf gegen die Bewilligung der vorgeschlagenen Kredite zur Bedekkung der Kosten des Sanktionsausschusses gewendet.

Aloisi wies darauf hin, daß dieser Ausschuß eine vom Völkerbund unabhängige Organisation sei, und daß ihre Kosten in keiner Weise von den Mitgliedsstaaten des Völkerbunden getragen werden könnten, ganz gewiß aber nicht von Italien.

•

Genf, 23. Jan. (A.A.)

Die rumänische Regierung hat den Koordinationsausschuß des Völkerbundes für die Sühnemaßnahmen gegen Italien wissen lassen, daß die Antworten der Türkei, Jugoslawiens und Griechenlands hinsichtlich der gegenseitigen Unterstützung im Mittelmeer nach Beratungen und in vollem Einvernehmen mit Rumänien gegeben worden sind.

Eine Erklärung Greisers

Genf, 24. Januar.

Der Danziger Senatspräsident Greiser hat zu dem für den Völkerbundsrat bestimmten Bericht des Völkerbundskommissars Lester in einer ausführlichen Erklärung Stellung genommen, die gestern nachmittag vom Völkerbundssekretariat veröffentlicht wurde.

In dieser Erklärung heißt es u. a., der Völkerbundskommissar vertrete in seinem Bericht den Standpunkt, daß die Regierung der Freien Stadt Danzig in der letzten Zeit in ständig wachsendem Maße eine verfassungswidrige Politik betrieben habe. Dieser geradezu ungeheuerliche Vorwurf hätte wohl gewichtiger Beweise bedurft, an denen es jedoch in dem erwähnten Bericht des Völkerbundskommissars fehle. Was die gesetzgeberischen Maßnahmen der Regierung der Freien Stadt Danzig betreffe, so seien durch diese die Ergebnisse der Volkstagswahlen in keiner Weise beeinflußt worden. Die Danziger Verfassung gewähre die freie Meinungsäußerung in Wort und Schrift nicht schlechthin, sondern nur innerhalb der gesetzlichen Schranken. Diese Schranken seien durch das verfassungsmäßige Ermächtigungsgesetz gezogen.

Was das polizeiliche Einschreiten gegen Pressorgane betreffe, so sei dieses berechtigt und notwendig gewesen, weil durch die Haltung gewisser Pressorgane die öffentliche Sicherheit und Ordnung, ja sogar die Sicherheit des Staates gefährdet sei.

Wenn der Senat der Freien Stadt Danzig für die angebliche Verfassungswidrigkeit der Geschäftsordnung des Volkstages verantwortlich gemacht werde, so sei darauf zu verweisen, daß in der ganzen Welt für Form und Fassung einer Geschäftsordnung ein Parlament nur sich selbst verantwortlich sei.

Ueber die Auflösung einer Arbeitervereinigung schwebe zur Zeit ein Verfahren vor der Verwaltungskommission des Danziger Landgerichtes. Mit Rücksicht auf dieses schwebende Verfahren halte der Senat eine Erörterung darüber gegenwärtig für untunlich. Der allgemeine Arbeiterverband, um den es sich dabei handle, sei seinem Wesen nach keine Gewerkschaft, sondern ein Verein mit politischen Kampfzielen, dessen Zweck gegenüber den Bestrebungen der Regierung zur Herstellung einer Volksgemeinschaft auf Klassenkampf hinauslaufe. Und diesen Zweck verfolge der Verband mit ungesetzlichen Mitteln.

Ernste politische Ausschreitungen seien in Danzig weder im letzten Jahre noch in den ganzen zwei Jahren nationalsozialistischer Staatsführung vorgekommen, was am besten die Tatsache beweise, daß es in dieser ganzen Zeit kein Todesopfer aus politischen Zusammenstößen gegeben habe.

Zum Schluß betont die Erklärung des Senatspräsidenten mit Nachdruck, daß die Garantie des Völkerbundes niemals zu einer Einschränkung der aus der Souveränität der Freien Stadt Danzig sich ergebenden Rechte führen könne.

(Siehe auch Seite 2)

Die Aufbahrung in der Westminster-Hall

London, 24. Januar.

Als der Trauerzug mit dem Sarge König Georgs V. gestern nachmittag von Sandringham in London eintraf, säumten Hunderttausende die Straßen, durch die sich der Zug zur Westminster-Hall bewegte, wo die Aufbewahrung vorgenommen wurde.

Beim Eingang erwartete Königin Mary den Leichenzug. Tiefstes Schweigen herrschte als die Ehrengarde das Gewehr präsentierte und die Aufbahrung vonstatten ging.

Nach einer kurzen Andacht in der Kirche kehrte König Eduard mit der königlichen Familie in den Buckingham-Palast zurück.

•

London, 23. Januar (A.A.)

Amtlich wird mitgeteilt, daß der Tag, an dem das Königsbegräbnis stattfindet, einem Wunsche des Herrschers entsprechend nicht zum nationalen Trauertag erklärt werden wird, da man der Ansicht ist, daß die Unterbrechung der Geschäfte wahrscheinlich für zahlreiche Personen Schäden und Verluste mit sich bringen würde. Die Regierung hat dagegen angeregt, daß während der Beisetzung in Windsor am Dienstag zwei Minuten Stillschweigen bewahrt werden.

•

London, 23. Januar (A.A.)

Reuter meldet, daß nach einer am Donnerstag früh von Dublin gekommenen Meldung König Eduard VIII. in Dublin noch nicht zum König proklamiert worden sei, weil die verfassungsmäßigen Behörden des irischen Freistaates scheinbar der Ansicht sind, es sei nach den Gesetzen nicht notwendig, den vom Generalgouverneur Buckley geleisteten Eid während dessen Amtszeit zu erneuern.

Man sagt, daß dieses Gelöbnis nicht nur für König Georg gelte, sondern auch für den Thronfolger und seine Nachfolger.

•

London, 23. Januar (A.A.)

Aus Doorn wird gemeldet, daß Prinz Friedrich, der jüngste Sohn des früheren deutschen Kronprinzen, das Haus Hohenzollern beim Leichenbegängnis des Königs Georg V. vertreten wird. Der frühere Kaiser und seine Gemahlin, Prinzessin Hermine, haben einen Kranz geschickt.

Eine italienische Erinnerung

Rom, 23. Januar (A.A.)

Die römische Zeitung „Giornale d'Italia" bringt in großer Aufmachung einen Teil jener Rede, die der verstorbene König Georg V. bei seinem Besuche des englischen Soldatenfriedhofs auf der Hochfläche von Asiago am 13. Mai 1923 gehalten hat.

Der König hatte damals wörtlich gesagt:

„Die Königin und ich sind heute hierher gekommen, um im Namen unseres Volkes der Dankbarkeit und Ehrfurcht vor unseren Toten Ausdruck zu geben. In diesem Dasein, wo alle Menschen Schuldner sind und einer dem anderen verpflichtet ist, beginnt die Schuld der abendländischen Welt gegenüber Italien in dem Augenblick, da sie von Italien, dieser ewigen und unvergleichlichen Jugend, die ersten Ansätze für die Gesetze des sozialen Lebens und der Künste erhielt. Die langen Jahrhunderte ununterbrochenen Friedens zwischen uns werden für England und seine Kinder niemals diese Schuld der Zivilisation gegenüber Italien tilgen".

Man meldet soeben:

Die neue Regierung Sarraut

Paris, 24. Jan. (A.A.)

Die Zusammensetzung des Kabinetts Sarraut steht nunmehr so gut wie fest. Sie ist jedoch noch an die Zustimmung Pernots zur Uebernahme des Justizministeriums oder eines Postens als Minister ohne besonderen Geschäftsbereich gebunden.

Die Kabinettsliste dürfte folgende Namen enthalten:

Albert Sarraut: Ministerpräsidium und Inneres
Yvon Delbos: Staatsminister
Pernot: Justiz
Flandin: Aeußeres
Marcel Regnier: Finanzen
Paul-Boncour: Krieg
Pietri: Marine
Georges Bonnet: Handel
Georges Mandel: Verkehr
Camille Chautemps: Oeffentliche Arbeiten
Laurent-Eynac: Luftfahrt

Weitere Zusammenstösse in Syrien

Jerusalem, 23. Jan. (A.A. n. DNB).

Die Unruhen in Syrien dauern an. Es werden neue Zusammenstöße zwischen dem Militär und der demonstrierenden Menge gemeldet, unter der sich zahlreiche Studenten und — zum ersten Mal in der Geschichte Syriens — auch Frauen befinden. Die Menge, die unter der Führung der Nationalistenführer an den Kundgebungen anläßlich der Beisetzung zweier Opfer teilnahm, wurde nach der Beerdigung der Toten durch die vereinten Streitkräfte des Heeres und der Polizei mit Unterstützung von 9 Panzerautos vertrieben. Der Nationalistenführer Barudi wurde verhaftet und nach Dschesireh, einem Ort in der Nähe der türkischen Grenze, verbannt.

In Aleppo haben die Unruhen, die immer noch fortdauern, bisher vier Opfer gefordert. Mehr als 200 Personen wurden verhaftet.

Hodza über die tschechische Politik

Prag, 24. Januar (A.A.)

Ministerpräsident Hodza hat den Vertretern der Presse gegenüber die Grundzüge der tschechoslowakischen Innen- und Außenpolitik hinsichtlich der Tagesfragen auseinandergesetzt.

Der Ministerpräsident sprach zunächst von dem Besuch Schuschniggs in Prag und betonte die unbedingte Notwendigkeit einer Annäherung der wirtschaftlichen Interessen aller Staaten, die das neue Mitteleuropa bilden, d. h. der Donauländer und aller Staaten zwischen Deutschland und der Sowjetunion, soweit sie an einer Zusammenarbeit interessiert seien. Es handle sich sowohl um eine wirtschaftliche als auch um eine politische Annäherung, die nebeneinander hergehen müßten. Es sei möglich, ein gegenseitiges Einvernehmen der mitteleuropäischen Staaten herbeizuführen. Die heutige Gruppierung sei folgende: Balkan-Entente, Kleine Entente und Unterzeichnermächte des römischen Paktes. Das nächste Ziel müsse die Vorbereitung einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen der Kleinen Entente und den Mächten bilden, die den römischen Pakt unterzeichnet haben.

„Wir müssen, so erklärte Hodza weiter, in Mitteleuropa eine Politik des Aufbaues betreiben. Ein derartiges Vorgehen kann in Berlin keinerlei Unzufriedenheit hervorrufen. Weder die Tschechoslowakei noch die Kleine Entente noch sonst jemand in Mitteleuropa will eine Aktion, die gegen Berlin gerichtet wäre. Unser Leitgedanke muß es sein, einen modus vivendi mit Berlin zu finden. Der Weg, der nach Berlin führt, geht jedoch über ein organisiertes Mitteleuropa".

Kurzmeldungen vom Tage

Der amerikanische Marineminister Swanson teilte mit, daß die Deutsche Regierung ermächtigt wurde, von den Luftstützpunkten Lakehurst und Miami für den Zeppelin LZ 129" Gebrauch zu machen, doch gelte diese Bewilligung lediglich für den ersten Versuchsflug und nicht auf Dauer.

•

Die bulgarische Polizei hat das Nationale Mazedonische Komitee aufgelöst und dessen Besitz beschlagnahmt. Künftighin dürfen nurmehr die „mazedonischen Bruderschaften" bestehen, die kulturelle Organisationen sind.

•

In Haskowo begann am Mittwoch ein Prozeß gegen 103 junge bulgarische Kommunisten wegen staatsfeindlicher Umtriebe.

•

Der amerikanische Kongreß hat sich für die sofortige Auszahlung der einmaligen Entschädigungen an die Kriegsteilnehmer ausgesprochen.

•

Anläßlich des Todes des König Georg V. hat der Schah-in-Schah des Iran der Königin-Mutter von England ein Beileidstelegramm gesandt. Zum ersten Mal in der Geschichte des Iran hat auch die Gemahlin des iranischen Herrschers sich an einer derartigen Kundgebung beteiligt.